

**Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne**

Donnerstag (Nachmittag), 5. Dezember 2019 / Jeudi après-midi, 5 décembre 2019

Volkswirtschaftsdirektion / Direction de l'économie publique

76 2019.RRGR.75 Motion 057-2019 FDP (Haas, Bern)
Ein kleiner Schritt zu mehr Kundenfreundlichkeit

76 2019.RRGR.75 Motion 057-2019 PLR (Haas, Bern)
Un peu plus de prévenance envers la clientèle

Präsident. Nach diesen Gipfelgesprächen kommen wir zum Traktandum 76. Vorher möchte ich aber noch kurz jemanden auf der Besuchertribüne begrüssen. Wir haben höheren politischen Besuch: Herr Jean-Pierre Gallati. Er ist Regierungsrat im Kanton Aargau und wird dieser Debatte auf Einladung der beiden Herren Nationalräte folgen, die wir hier im Saal haben. Herzlich willkommen, Herr Gallati. (*Applaus / Applaudissements*) Das gilt selbstverständlich auch für die anderen Gäste wie den Alt-Grossratspräsidenten Antener, der ebenfalls dort oben sitzt: herzlich willkommen. Wir kommen zum Traktandum 76, diese Motion ist zur Annahme empfohlen, aber ich gehe davon aus, dass sie bestritten ist. – Das ist der Fall. Der Motionär oder Sprecher der FDP hat das Wort, Grossrat Adrian Haas.

Adrian Haas, Bern (FDP). Der Detailhandel steht seit vielen Jahren unter grossem Druck. Die Gründe sind vielfältig. Dem Bekleidungsdetailhandel macht vor allem der Vormarsch der ausländischen Onlinehändler zu schaffen. Der deutsche Onlinehändler Zalando beispielsweise nimmt in der Schweiz bereits einen Marktanteil von mehr als 10 Prozent ein. Die Internationalisierung des Wettbewerbs macht sich je länger je mehr auch im Lebensmitteldetailhandel bemerkbar, und auch die Frankenaufwertung, die wir haben, führt dazu, dass mehr im Ausland eingekauft wird. Die Zunahme der ausländischen Wettbewerbsintensität ist für die Händler deutlich spürbar. Vor zehn Jahren hat erst jeder dritte wichtige Wettbewerber aus dem Ausland eingegriffen, heute ist es schon jeder zweite. Die Entwicklung hat Folgen: In fast keinem westeuropäischen Land haben sich die Detailhandelsumsätze so negativ entwickelt wie in der Schweiz. Für den Detailhandel kommt die Konkurrenz aus den angrenzenden Kantonen hinzu, die bezüglich Ladenöffnungszeiten am Samstag und auch der Anzahl bewilligungsfreier Verkaufssonntage über liberalere Regelungen verfügen: Aargau, Neuenburg, Nidwalden, Obwalden, Solothurn und Waadt lassen grüssen.

Die Regelungen der Motion entsprechen einem klaren Kundenbedürfnis. Bei Punkt 1 die Ausdehnung um eine Stunde am Samstag: Es ist klar, man muss die Leute aus den Läden werfen, weil es noch so viele hat. Die Zeiten haben sich halt auch aufgrund der gesellschaftlichen Gewohnheiten in den späteren Abend verschoben, wenn man da überhaupt von später sprechen kann. Auch die Sonntagsverkäufe, von denen man bisher ja zwei machen kann, wären oder sind ein Bedürfnis, namentlich gerade an den Adventssonntagen, denn das eröffnet auch für den Detailhandel die Möglichkeit, es mit Events zu verbinden, so wie wir letztes Wochenende einen in der Unteren Altstadt in Bern hatten. Es hatte an diesem ersten Adventssonntag sehr viele Leute, und das zeigt auch, dass dies ein Kundenbedürfnis ist und diese Chance vor allem auch von den Läden sehr gerne wahrgenommen wird. Es ist also nicht etwa so, dass man dann davon nicht Gebrauch machen würde.

Nun vielleicht noch eine Bemerkung zum Personal: Mehr als 70 Prozent des Detailhandelspersonals ist mit Gesamtarbeitsvertrag (GAV) organisiert, Migros, Coop, Lidl und so weiter, und die allermeisten haben eine geregelte 41-Stundenwoche. Daran wird ja kaum etwas geändert, weil die Gewerkschaften sich ja nicht darauf einlassen würden. Also wird niemand länger arbeiten müssen, und auch schon aus diesem Grund kann man diese Motion sicher annehmen. Es wäre ein Bedürfnis und dem Zeitgeist entsprechend.

Präsident. Für die EVP gebe ich Grossrat Ruedi Löffel das Wort.

Ruedi Löffel-Wenger, Münchenbuchsee (EVP). Etwa zum gefühlten 127. Mal haben wir hier einen solchen Vorstoss für das Liberalisieren der Ladenöffnungszeiten. So einfach die Forderung ist,

so komplex ist die Situation, in die er uns als Parlament bringt. Weshalb? – Am 28. November letzten Jahres haben wir hier einen Vorstoss von Anita Luginbühl und mir (*M 155-2018*) mit ganz grossem Mehr überwiesen. Er hat gefordert, dass E-Zigaretten und alle anderen neuen nikotinhaltenen Produkte so rasch wie möglich den herkömmlichen Raucherwaren gleichgestellt werden sollen. Sein Ziel ist, möglichst wenige Menschen, möglichst wenige Kinder und Jugendliche in die Nikotinsucht zu verführen durch diese neuen Produkte, die mit Millionenbeträgen beworben werden. In der Vernehmlassung, die durchgeführt wurde, war die Umsetzung mehr oder weniger unbestritten, wie sie hier auch war. Gleichzeitig hat aber die Regierung in der Vernehmlassung die Forderungen dieser Motion, über die wir jetzt sprechen, zur Diskussion gestellt. Die heftigen Reaktionen bei den Vernehmlassungsantworten haben nachher dazu geführt, dass die VOL diese Teile wieder herausgenommen hat und das Gesetz über Handel und Gewerbe (HGG) mit den Anpassungen für E-Zigaretten im März hier in den Rat bringen will. Ich gehe davon aus, dass wir dies in einer Lesung sehr rasch durchwinken und nachher möglichst rasch in die Praxis überführen, also in Kraft setzen können und damit dazu beitragen, dass der Jugendschutz gestärkt wird.

Gleichzeitig hat der Volkswirtschaftsdirektor versprochen – ich nehme an, er wird dies hier auch noch sagen – dass, sofern die Motion, über die wir jetzt sprechen, überwiesen wird, unmittelbar nachher eine zweite Vorlage für das HGG gebracht wird, wo man dann die Ladenöffnungszeiten diskutieren kann. Wir alle gehen davon aus, dass dies grosse Diskussionen geben wird, die Rednerliste ist lang. Ich gehe davon aus, dass es nachher auch ein Referendum geben wird, wie eigentlich üblich bei dieser Thematik. Leider hat der Motionär – mindestens gestern, als ich mit ihm darüber gesprochen habe – auf stur geschaltet und ist nicht einverstanden mit dem Vorschlag der VOL, dass wir das HGG zweimal bringen: zuerst die absolut unbestrittenen Forderungen zur Umsetzung des Jugendschutzes und drei Monate später jene, die viel zu Diskutieren geben – es sind ja nur kleine Liberalisierungen, das hat Adrian Haas selber gesagt.

Was jetzt? Herz oder Verstand? Wollen wir die Massnahmen des Jugendschutzes und des Gesundheitsschutzes so schnell und so wirkungsvoll wie möglich umsetzen? Oder wollen wir das «Goldvreneli» vom Handels- und Industrieverein (HIV) aufs Spiel setzen? – Für jene, die noch nicht lange im Grossen Rat sind: Wenn Sie während des ganzen Jahrs immer schön das stimmen, was der HIV gerne hätte, erhalten Sie Ende Jahr ein «Goldvreneli». (*Heiterkeit / Hilarité*) Bisher habe ich gemeint, die Grenze zur Bestechung sei das, was man auf einmal essen und trinken kann. Aber wahrscheinlich kann man ein «Goldvreneli» auch essen. Spass beiseite, bitte hören Sie auf Ihr Herz. Lehnen Sie diesen Vorstoss vom HIV-Direktor ab, wenn er nicht bereit ist, ein Gleich für den Jugendschutz zu tun und darauf zu warten, dass dieser Vorstoss im HGG in einer zweiten Runde umgesetzt wird. Abgesehen von diesem Blickwinkel ist für die EVP klar, dass die Erweiterung und Lockerung von Ladenöffnungszeiten vor allem ein Verdrängungskampf der grossen gegen die kleinen Betriebe ist und daher abgelehnt werden sollte. Das grösste Ärgernis – darüber sind wir uns hier wohl einig – sind Tankstellenshops. Aber um dieses Ärgernis zu beseitigen, braucht es Vorstösse auf nationaler Ebene, und ich möchte Lars Guggisberg, der uns ja wahrscheinlich nächstens ganz in Richtung Bundeshaus verlassen wird, einfach ein Anliegen ans Herz legen: Setzen Sie sich doch bitte auf nationaler Ebene dafür ein, dass die Sonderrechte, die Ausnahmegewilligungen, welche die Tankstellenshops haben und so eigentlich die einheimischen und kleineren Gewerbebetriebe konkurrenzieren, auf nationaler Ebene anpacken und wir uns hier nicht mehr ärgern müssen. Das mit dem Onlinehandel ist etwas schwieriger, dort können wir wohl nicht viel tun. Ich bin aber auch überzeugt, auch wenn wir längere Ladenöffnungszeiten und zwei zusätzliche Sonntage haben, werden jene Leute, die heute per Onlinehandel was auch immer beziehen, ihr Verhalten nicht ändern. Bitte hören Sie auf Ihr Herz, lehnen Sie die Motion ab, wenn Adrian Haas nicht bereit ist, auf eine zweite Runde der HGG-Änderung zu warten.

Präsident. Herr Löffel, ich mache Sie darauf aufmerksam, dass dieses Votum hart an der Grenze eines persönlichen Angriffs war.

(*Grossrat Flück teilt dem Präsidenten mit, dass er dem Mitmotionär keine Redemöglichkeit gegeben habe. / M. le député Flück informe le président qu'il n'a pas donné la parole au comotionnaire.*) Er hat sich nicht eingetragen. Möchten Sie als Mitmotionär noch sprechen? – Er möchte für beides sprechen, als Mitmotionär und als Fraktionssprecher. Dann gebe ich Hans-Rudolf Saxer zuerst das Wort.

Hans-Rudolf Saxer, Gümligen (FDP). Danke, dass ich mich als Mitmotionär doch noch am Anfang äussern darf. Unsere Fraktion bedankt sich bei der Regierung für die Annahme der Motion und die

entsprechende Begründung für diese Annahme. Sie ist sehr aufschlussreich und differenziert ausgefallen.

Wir alle wissen, dass die real existierenden Geschäfte in Städten und Dörfern ein äusserst hartes Brot essen. Bei vielen Geschäften fallen die Umsätze, was unter anderem dazu führt, dass viele aufgeben müssen. Die ständigen Wechsel der Geschäfte und die zunehmenden Leerstände bei Verkaufsflächen sprechen Bände. Ein Hauptgrund für diese relative heikle, kritische Situation ist insbesondere der boomende Onlinehandel; Marktanteile verschieben sich laufend Richtung Onlinehandel. Mit unserem Vorstoss wollen wir in einem klitzekleinen Rahmen Gegensteuer geben; die Spiesse der traditionellen Geschäfte sollen ein wenig länger werden.

Ich möchte die Einordnung zwischen den real existierenden Geschäften hier in unseren Städten und Dörfern einerseits und dem Onlinehandel andererseits einander aufgrund der Nachhaltigkeitskriterien gegenüberstellen. Bei allen drei Kriterien schneidet das Geschäft vor Ort klar besser ab.

Punkt 1, Gesellschaft: Es wird ein zusätzlicher Nutzen für die Konsumentinnen und Konsumenten generiert. Es wird zusätzlich ein Beitrag an die Lebendigkeit unserer Städte und Dörfer geleistet. Die Rahmenbedingungen des Bundes bezüglich Öffnungszeiten werden hundertprozentig eingehalten. Dieser Vorstoss verlangt also nicht eine wilde Deregulierung, wie man es teilweise meinen könnte, wenn man gewisse Flyer betrachtet, die vor dem Rathaus verteilt werden. Im Vergleich mit anderen Kantonen wird sich der Kanton Bern nach wie vor im Mittelfeld bewegen, auch wenn wir die leicht erweiterten Öffnungszeiten realisieren.

Punkt 2, Ökologie: Bekanntlich werden im Onlinehandel Millionen von Paketen hin und her geschickt, in halb Europa hin und her transportiert. Denn es ist ja bekannt, dass ein grosser Teil dieser Pakete wieder zurückgeschickt wird, weil die Farbe dann doch nicht so toll ist, wie sie auf dem Bildschirm ausgesehen hat, oder weil die Hosen nun eben doch zu kurz sind. Auch das ist wohl kaum eine ökologische Art der Wirtschaft.

Punkt 3: Bei unseren Geschäften hier vor Ort bleibt ein wesentlich höherer Teil der Wertschöpfung in der Schweiz beziehungsweise bei uns im Kanton Bern. Wir geben unseren Geschäften – zugegebenermassen in einem kleinen Rahmen – ein wenig längere Spiesse in diesem ständig härteren Konkurrenzkampf. Tun wir unseren Geschäften, unserer Wirtschaft, unseren KMU diesen kleinen Dienst. Es wird sich lohnen, und niemand hier in diesem Saal muss Angst haben, er verhalte sich mit einem Ja zu diesem Vorstoss nicht nachhaltig – im Gegenteil: Diese Art von Wirtschaft ist wesentlich nachhaltiger als der Onlinehandel.

Präsident. Für die SP-JUSO-PSA-Fraktion Andrea Zryd.

Andrea Zryd, Magglingen (SP). Ich könnte mir vorstellen, dass Teile der SP-JUSO-PSA-Fraktion vielleicht sogar bereit zu diskutieren wären, wenn es in der Detailhandelsbranche einen allgemeinverbindlichen GAV gäbe. Das gibt es aber nicht, und dies ist das Kernproblem für uns. Wir sind uns bewusst: Es gibt Standorte – beispielsweise im Oberland –, wo es manchmal sogar Sinn macht, dass ein Geschäft vielleicht eine Stunde länger geöffnet hat. Aber dann erwarten wir auch, dass entsprechende Löhne bezahlt werden und eben die Bedingungen gerecht sind. Jetzt ist es halt einfach so: Wir wissen – das wurde erhoben –, dass die Löhne im Detailhandel massiv hinterherhinken. Es kann nicht sein, dass Leute am Samstag arbeiten gehen müssen, vielleicht bestenfalls nachher um 20 Uhr zu Hause sind, weil sie dann eben noch putzen und das Geschäft schliessen müssen, und dann gar keine Familienzeit mehr haben. Es ist ein Samstag, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir haben hier wahrscheinlich alle am Samstag frei, und genau diese Menschen haben dann einfach noch den Sonntag. (*Unruhe / Agitation dans la salle*) – Ja, vielleicht nicht alle, aber ein grosser Teil.

Aus betriebswirtschaftlicher Sicht ist es ohnehin ziemlich unlogisch. Ich habe mich etwas in zwei Studien hineingekniet. Die eine ist vom Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco). Dort steht: Ab 8 Stunden Shoppingzeit ist jede Stunde mehr wirtschaftlich eigentlich nicht mehr lukrativ. Es gibt sicher Ausnahmen, aber im grossen Ganzen nicht mehr. Man legt eigentlich sogar drauf. Aber hier geht es ja nicht um Wirtschaftlichkeit, sondern um Kundenfreundlichkeit, für die wir ja alle grundsätzlich sind – dies einfach, um ein wenig das Deckmäntelchen aufzuzeigen.

Hinzu kommt, dass vorwiegend grosse Geschäfte, grosse Ketten von so etwas profitieren würden, wenn überhaupt. Die kleinen Läden wehren sich ja zum grossen Teils auch dagegen, denn genau ihnen hilft es nicht. Diese vermögen es nicht, das Personal dann zu bezahlen, und für jene, die es dann vielleicht tun, ist die Gefahr gross – und das haben Sie ja auch an der kleinen Demonstration

der Unia gesehen –, dass Leute, die im Detailhandel angestellt sind, sagen: «Nein danke, wir wollen nicht noch mehr arbeiten für – in diesem Sinne – weniger Lohn.» Dies wird einfach auf dem Buckel der Armen abgedrückt, und das ist nicht korrekt. Deshalb werden wir diese Motion ablehnen.

Michael Köpfli, Wohlen b. Bern (glp). Wir stimmen dieser Motion zu, und ich nehme es vorweg: Wir tun dies nicht wegen dem «Goldvreneli». Das haben wir uns schon lange verspielt, beispielsweise, weil wir in der letzten Session gegen eine Unternehmenssteuersenkung waren, nämlich gegen die Abschaffung der Kirchensteuer für juristische Personen. Diese Steuer war ja dem Wirtschaftsverband so wichtig.

Spass beiseite, in diesem Fall sind wir auf der Linie von Adrian Haas, wir unterstützen diese Liberalisierung aus verschiedenen Gründen. Erstens ist sie sehr moderat. Es geht um eine Stunde mehr. Und wenn man – dies ist im Vortrag des Regierungsrates drin – in andere Kantone schaut, sind wir dort immer noch maximal im Mittelfeld. Auch die vier Sonntagsverkäufe, dazu können wir einfach sagen: Ich selber finde es einen Graus. Ich war gerade einmal an einem, als ich vergessen hatte, Weihnachtsgeschenke zu kaufen und noch welche kaufen gehen musste. Es war grauenhaft, wie viele Leute es damals hatte. Aber offensichtlich ist es halt ein grosses Bedürfnis, denn es hat ja so viele Leute, vielleicht nicht zuletzt solche, die einzukaufen vergessen hatten. Und wenn dieses Bedürfnis so gross ist, finde ich, kann man dem auch gerecht werden. Vor allem, und das ist eben tatsächlich so, weil sich das sonst immer mehr in den Onlinebereich verlagert, der inzwischen bereits sehr kurze Lieferfristen hat.

Wenn man von Arbeitsplätzen spricht: Ich habe das Gefühl, wenn man dem Detailhandel diesen Spielraum nicht gibt, werden einfach sehr viele dieser Arbeitsplätze ganz verschwinden, weil sie in den Onlinehandel gehen. Es ist auch tatsächlich so: Inzwischen tun dies auch immer mehr, und es gibt auch immer mehr grössere Läden, gerade im Bereich Textil beispielsweise, mit grossen Umsatzproblemen und -rückgängen, und es ist ein grosser Strukturwandel im Gang.

Wir möchten daher mittelfristig von diesen Arbeitsplätzen, im Sinne der Kunden, aber einfach auch im Sinne einer liberalen Grundhaltung, die moderate Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten umsetzen, diesen zustimmen und finden auch, man könne dies in diese Vorlage integrieren, weil wir der Überzeugung sind, dass auch eine Mehrheit der Bevölkerung dies am Schluss unterstützen wird, weil es tatsächlich auch im interkantonalen Vergleich sehr moderat ist.

Jan Gnägi, Jens (BDP). Zalando, Outfittery, Amazon, Digitec und so weiter: Dies sind alles Namen von Onlinehändlern und damit von Konkurrenten, die den Schweizer Detailhandel seit Jahren unter grossen Druck setzen. Zalando beispielsweise nimmt in der Schweiz bereits einen Marktanteil von 10 Prozent ein. Online einkaufen hat natürlich etwas Verlockendes. Man kann es zu jeder Tages- und Nachtzeit tun, gerade dann, wenn man eben Zeit hat. Man kann es ortsunabhängig tun, vom Sofa aus, vom Arbeitsplatz aus. Ja, man könnte es sogar während einer Debatte vom Saal des Grossen Rates aus tun. Dass hier die Spiesse mit den effektiv vorhandenen Läden ungleich lang sind, liegt völlig auf der Hand, und dass viele Läden unter starken Druck sind ebenso.

Der Vorschlag der FDP ist ein kleiner Schritt, wie sie selbst im Titel schreibt – ein kleiner Schritt für die Läden, um zu mehr Kundenfrequenz zu kommen und damit ihren Umsatz steigern zu können. Es ist aber auch ein kleiner Schritt um einem wachsenden Kundenbedürfnis entgegenzukommen. Als gewerbefreundliche Partei unterstützt die BDP beide Punkte dieser Motion. Wir sind der Meinung, dass auch die Sonntagsverkäufe vermehrt möglich gemacht werden sollen. Erstens hat sich die gesellschaftliche Bedeutung des Sonntags stark verändert. Zweitens sind in anderen Kantonen teilweise andere liberale Regeln in Kraft, was wiederum eine Konkurrenz für das Berner Gewerbe bedeutet.

Vielleicht noch zwei Stichworte, das erste zur Revision des HGG: Die Variante, die auch Ruedi Löf- fel vorhin erwähnt hat, wäre für uns durchaus auch denkbar – dass man die unterschiedlichen Änderungen in zwei Vorlagen beraten würde. Das wurde offenbar auch 2006 – wenn wir dies richtig nachgeschaut haben – bereits so getan, und eventuell könnte der Volkswirtschaftsdirektor noch mehr Auskunft darüber geben, wie dies genau funktioniert.

Stichwort Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen: Wir sehen dort durchaus auch Chancen punkto mehr Stellen und eigentlich auch punkto Lohn. Zu dem, was Andrea Zryd gesagt hat: ohne GAV. Ohne GAV existiert natürlich nicht einfach so ein Wildwuchs. Es gibt immer noch ein Obligationenrecht (OR) und ein Bundesgesetz über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel (Arbeitsgesetz, ArG). Diese regeln dort auch gewisse Dinge und machen gewisse Einschränkungen, und ich denke, das ist auch vorhanden. Und auch wer eine Stunde länger arbeiten muss, müsste dies ja sicher nicht gratis tun. Daher sehen wir auch dort gewisse Vorteile. Die BDP wird diese Motion unterstützen.

Ueli Gfeller, Schangnau (SVP). Zuerst danke ich Adrian Haas für das Vorstellen des Geschäfts. Die SVP-Fraktion ist recht offen, wenn es darum geht, unternehmerische Freiheiten weiterzuentwickeln. Vor allem passt es uns gut, wenn man bei den kleinen Schritten zu mehr Kundenfreundlichkeit dem Unternehmer oder dem Gewerbetreibenden die Freiheit lässt, dass er selber entscheiden kann, ob er die Änderungen in seinem Geschäft einführen will oder nicht. Uns ist bewusst, dass längere Öffnungszeiten mehr Personal oder auch Organisation beanspruchen. Wir gehen aber auch davon aus, dass Unternehmungen, die sich solche Veränderungen vorstellen könnten, das ArG auch bestens kennen und die entsprechenden Gesetzesartikel berücksichtigen.

Mit der Annahme dieser Motion nähert sich der Kanton Bern dem schweizerischen Mittelfeld ein wenig. Die SVP unterstützt diesen Fraktionsvorstoss und folgt dem Antrag der Regierung.

Thomas Gerber, Hinterkappelen (Grüne). Die grüne Fraktion lehnt die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten grossmehrheitlich ab. Ich möchte noch meine Interessenbindung bekannt geben: Ich bin Mitglied der Unia und in dieser Funktion in der Verhandlungsdelegation für den GAV des Schreinerhandwerks. Daraus möchte ich Ihnen mit einer kleinen Anekdote erzählen, wie Löhne plötzlich unter Druck kommen und Arbeitszeiten plötzlich erhöht werden können. Wir haben bis jetzt bei den Schreibern eine Arbeitszeit von 41,5 Stunden. Wir wollen sie auf 42 Stunden erhöhen, und wir wollen dies unter anderem mit 37,5 Franken abgelden. Diese 37,50 Franken sind nicht pro Stunde, nicht pro Tag und nicht pro Woche, sondern pro Monat. Also: Wir arbeiten pro Monat 2 Stunden mehr und erhalten dafür unter anderem 37,50 Franken. Dies ist ein kleines Beispiel, wie die Löhne und Arbeitszeiten plötzlich unter Druck kommen können, wenn das Umfeld nicht mehr stimmt.

Vor einiger Zeit war ich auch wieder einmal am Abendverkauf und war etwas erstaunt: Da gibt es Läden, die haben um 20 Uhr geschlossen, andere um 21 Uhr und haben auch ein entsprechendes Plakätchen an die Türe gehängt, und andere haben um 22 Uhr geschlossen. Keine Kontinuität, und irgendwo gab es noch einige verschupfte Leute, die dort noch einkaufen gingen, aber niemand weiss mehr, wer wann geöffnet hat. Dies ist auch nicht sehr kundenfreundlich.

Um nun auf das Problem zu sprechen zu kommen: Die Motion fordert Ladenöffnungszeiten am Samstag von 17 auf 18 Uhr, und dann wird es auch wieder gleich sein, weil es gewisse Läden schlicht nicht finanzieren können, bis um 18 Uhr offen zu halten. Deshalb gibt es dann auch wieder eine Ungleichheit der Öffnungszeiten. Zudem will ich auch darauf hinweisen, dass wir jeden Franken nur einmal ausgeben können. Längere Ladenöffnungszeiten bedeuten höhere Fixkosten, bedeuten teurere Produkte oder kleinere Rendite. Mit einer weiteren Liberalisierung wird genau das Gegenteil von dem erreicht, was die Motionäre eigentlich wollen: Sie wollen den Onlinehandel bekämpfen. Doch seine Fixkosten sind immer gleich, aber mit einer Verlängerung der Ladenöffnungszeiten werden die Fixkosten der Läden höher. Oder kennt jemand eine Studie aus dem Kanton Zürich – diese haben längere Ladenöffnungszeiten als wir –, die sagt, dass weniger online geshoppt wird, weil die Ladenöffnungszeiten länger sind. Ich kenne keine solche Studie.

Die grüne Fraktion lehnt die Motion grossmehrheitlich ab. Es wird aber auch einzelne Zustimmung geben. Danke für die Aufmerksamkeit.

Ernst Tanner, Ranflüh (EDU). In der EDU-Fraktion sind wir unterschiedlicher Meinung, welche Ladenöffnungszeiten die besten sind. Zu Punkt 1: Die Verlängerung der Ladenöffnungszeiten um eine Stunde am Samstag bringt dem Verkaufspersonal eine längere Präsenzzeit. Um wie viel sich dies aber auf den Umsatz auswirken wird, ist schwierig abzuschätzen. In den Tourismusorten werden je nach Saison von der Kundschaft längere Öffnungszeiten gewünscht. Zudem haben die vielen Tankstellenshops mit ihren langen Öffnungszeiten ein Bedürfnis der heutigen Zeit entdeckt. Es gibt also Gründe für eine Verlängerung, aber es gibt auch Gründe, die gegen eine solche Verlängerung der Öffnungszeiten sprechen.

Punkt 2: Auf vier Sonntagsverkäufe auszuweiten, ohne dass eine Bewilligung gelöst werden muss, ist aus Sicht der Angestellten kein erfreulicher Vorschlag. Lassen wir es doch gescheiter bei zwei Sonntagen bleiben. Die Mehrheit von uns wird beide Punkte dieser Motion ablehnen.

Präsident. Wir kommen zu den Einzelsprechenden. In einer halben Minute werde ich die Rednerliste schliessen. Als Erstes gebe ich Barbara Mühlheim das Wort.

Barbara Mühlheim, Bern (glp). Ich bin weder Mitglied des HIV, noch bin ich Mitglied der Unia-Gewerkschaft. Ich bin ein typisches Mitglied der glp. Dort ist es einem pudelwohl, weil man weder die eine noch die andere stringente Linie einhalten muss und selber denken darf. Ich bin wohl eine

der wenigen hier drinnen, die sich unmittelbar betroffen fühlen würde. Denn ich habe nämlich einen kleinen Laden oben in der Rathausgasse, und ich weiss, was es für Kleingewerbler heisst, die sich eigentlich an neue Gegebenheiten, neue Interessen und neue Verkaufs- und Kaufbereiche anpassen möchten. Kolleginnen und Kollegen, wir tun das immer wieder, weil wir nicht mehr die gleichen Leute sind wie 1960. Wir haben in der Zwischenzeit beispielsweise die städtischen Bäder im Sommer bis um 21 Uhr geöffnet. Da kommt keiner auf die Idee zu fragen, zu sagen, dass dies eigentlich «too much» sei, dass all die Leute, die dort bis um 21 Uhr arbeiten müssen, auf einmal nicht mehr daheim sein dürfen, weil wir neue Freizeitaktivitäten haben.

Ich habe keine Angst, dass wir mit diesen wirklich super-moderaten Bereichen, die wir hier nun öffnen, irgendwelche grossen Probleme haben werden. Es ist ein Prinzip der Freiwilligkeit, und ich bitte Sie, diesen kleinen Spielraum auch im Kanton Bern all jenen zu geben, die in der Zwischenzeit aufgrund der Konkurrenz des Internethandels, wie ich schon gesagt habe, wirklich eine schwierige Situation haben. Es wird hier niemand öffnen müssen, der nicht will. Es gibt auch kein grosses Desaster, wie einem die Gewerkschaften prophezeien. Nein, es ist eine neue, eine kleine Möglichkeit, am Samstag ein wenig länger zu öffnen. Jeder, der hier ein Gewerbe hat, weiss, dass der grosse Bereich meist vor allem zwischen 16 und 17 Uhr beginnt. Und dort etwas mehr Raum zu haben und insbesondere den kleinen Gewerben am Sonntag die Möglichkeit zu geben, offen zu halten, dann, wenn viele von Ihnen durch die Strassen flanieren – wie letzten Sonntag –, weil sie halt auch gemeinsam als Familie in der Stadt flanieren und einkaufen möchten ... Ich glaube, es ist auch nicht vom Teufel und wird auch nicht dazu führen, dass die Leute einfach alle krank zusammenbrechen. Lassen Sie uns diesen Spielraum, und geben Sie uns diesen Spielraum neu.

Béatrice Stucki, Bern (SP). Fragen Sie doch einmal eine Verkäuferin mit einem Lohn von knapp 4000 Franken, ob sie freiwillig arbeitet oder nicht. Meine Interessenbindung ist eigentlich bekannt, aber ich sage es korrekterweise trotzdem noch einmal. Ich bin Gewerkschaftssekretärin des Schweizerischen Verbands des Personals öffentlicher Dienste (VPOD). Meine Präsidentin sitzt dort oben, und ich erlaube mir trotzdem, selber zu denken, kann dies sogar tun und es wird mir auch erlaubt. Daneben bin ich Präsidentin des Gewerkschaftsbunds der Stadt Bern und Umgebung. Dies ist eigentlich der Grund, weshalb ich hier am Mikrofon stehe. Das Lächeln auf dem Gesicht von Adrian Haas, als ich mich angemeldet habe, hat mir gezeigt, dass er wohl bereits darauf gewartet hat. Ja, Adrian Haas, stundenmässig länger arbeiten, was du wahrscheinlich meinst, muss sicher niemand. Aber wenn man dann eben am Samstag bis 18 Uhr arbeiten muss oder an zwei Sonntagen mehr, dann heisst dies eben: doch mehr arbeiten. Man ist mehr weg vom Zuhause, von der Familie, von den Eltern, die man vielleicht pflegt. Man kann soziale Kontakte weniger pflegen und so weiter, und wenn der Laden um 10 Uhr schliesst, kann ich eben nachher nicht gleich verduften. Nein, ich muss dann eben noch aufräumen und putzen helfen und bin dann tatsächlich vielleicht frühestens um 19 Uhr endlich im Feierabend – dann aber wahrscheinlich ziemlich erschöpft und müde.

Verkäuferinnen und Verkäufer sagen in den Umfragen, welche die Unia gemacht hat, nicht vergebens: Nein, wir wollen dies nicht. Wir wollen nicht noch längere Öffnungszeiten. Und die Erfahrungen in anderen Städten zeigen eigentlich ganz klar, dass die Läden sehr häufig leer sind. Sie mögen vielleicht in der Vorweihnachtszeit bumsvoll sein, Michael Köpfli, das ist schon so. Aber in Zürich – ich ging selbst einmal schauen – um 19 Uhr am Abend im Globus ist es einfach mehr oder weniger leer, es gibt einige vereinzelte Leute, und ich war dort, weil ich schauen wollte, wie viel tatsächlich läuft.

Es wurde auch schon gesagt: Die grossen Player auf dem Markt könnten sich dies leisten, die kleineren Geschäfte würden sich dies niemals leisten können. Um den Onlinehandel zu «bekämpfen», die Läden zu stärken, wo man live einkaufen gehen und die Dinge berühren kann – das tun ja viele Leute und nachher bestellen sie zu Hause online –, müsste man andere Methoden suchen, um die Läden attraktiv zu machen, attraktiver zu machen gegenüber dem Onlinehandel. Es hat viel mit der Freundlichkeit des Personals zu tun, und die Freundlichkeit des Personals hat viel damit zu tun, ob man ausgeruht arbeiten gehen kann, weil man zwischen den Arbeitszeiten genügend Zeit hatte, sich zu erholen. Die Gewerkschaften schreiben nicht irgendwem vor, was man zu denken oder zu sagen hat. Aber wir sagen Ja zur Familienzeit, Ja zur Pflege von sozialen Kontakten und Ja zu genügend Erholungszeit. Deshalb: Nein zu längeren Ladenöffnungszeiten und mehr Sonntagsverkäufen.

Adrian Haas, Bern (FDP). Zuerst möchte ich danken, für die positive Aufnahme und die sachlichen Voten – vielleicht ausgenommen dasjenige von Ruedi Löffel. Er hat vorab zu E-Zigaretten gesprochen, was eigentlich nicht primär Thema ist, und meine Unabhängigkeit als Politiker infrage gestellt.

Ich kann ihn beruhigen: Ich politisiere seit Jahren mit einem freien Mandat und bin nur meinem Wissen und Gewissen verpflichtet. Mein Wissen über den Detailhandel sagt eben, dass der gesellschaftliche Wandel auch gewisse Änderungen und mehr Flexibilität verlangt. Übrigens ist das auch so in der Arbeitswelt, und auch die Gewerkschaften sollten das halt langsam zur Kenntnis nehmen. Hier wurde auch gesagt, ja, die kleinen Läden seien dagegen. Ich habe die Vernehmlassung von BERNcity, das ist die Organisation der kleinen Läden in der Berner Innenstadt, und diese schreibt: «BERNcity begrüsst die Absicht des Regierungsrates, die Anzahl der bewilligungsfreien Sonntagsöffnungen für Verkaufsgeschäfte auf vier zu erhöhen», und ebenso begrüssen sie «die, von heute 17 auf neu 18 Uhr verlängerten Ladenöffnungszeiten. Es handelt sich dabei um einen längst notwendigen Schritt zur Anpassung an marktwirtschaftliche Entwicklungen und an die heutige Konsumrealität.» Dies einfach nur für jene, die das Gefühl haben, der kleine Ladenbesitzer sei dann dagegen. Auch die kleinen Ladenbesitzer – das hat Barbara Mühlheim vorhin auch gesagt – sind sich gewöhnt, dass sie ein wenig flexibler unterwegs sein müssen, und darum geht es. Es muss auch niemand länger arbeiten.

Michel Seiler, Trubschachen (Grüne). Was mich an der Politik interessiert, ist eine Gesellschaft so zu gestalten, dass jedes erwachsene Mitglied die grösstmögliche Eigenverantwortung und Mündigkeit selbst entwickeln kann – mit oder ohne «Goldvreneli». Die immer wieder linke Schutzglocke ist hier ungeeignet, Mündigkeit und Eigeninitiative vermehren zu können. Ich stimme diesem Vorstoss zu.

Samuel Kullmann, Hilterfingen (EDU). Ich habe diese Debatte interessiert verfolgt und war erstaunt, wie oft das Argument mit dem Onlinehandel vorgekommen ist. Für mich ist völlig klar, dass dies eine riesige Herausforderung für das Gewerbe, für die Verkaufsläden ist. Aber ich habe versucht, an Situationen zu denken, wo ich Dinge online gekauft habe. Ob ich dies nicht gemacht hätte, wenn ein Laden eine Stunde länger oder einen Sonntag mehr offen gehabt hätte? – Ich habe mir einfach keine solche Situation vorstellen können, in der dies der Fall gewesen wäre.

Ich glaube, dort spielt eine andere Dynamik. Es ist unter anderem eine Dynamik des Preises, die sehr stark hineinspielt, und wir wissen, es gibt externe Effekte, die wohl in diesem Produktpreis im Onlinehandel zu wenig einkalkuliert sind, wenn man betrachtet, wie die ganzen Dinge weltweit umhergeschifft werden. Dort dürfte man hinschauen, dort sollte man hinschauen. Das darf teurer sein. Aber das wäre dann eher eine Aufgabe für die nationale Ebene. Ich werde diesen Vorstoss sicher ablehnen, einfach, weil es für mich keinen Sinn macht, dass damit die Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Onlinehandel gestärkt werden kann.

Daniel Arn, Muri b. Bern (FDP). Meine Interessenbindung: Dieses Mal spreche ich nicht als Unternehmer, sondern als Mann einer Frau, die ein solches Detailgeschäft hier in der Altstadt hat.

Erstens: Jemand hat gesagt, am Samstag arbeite der Detailhandel. Das hat er ja am Samstag schon immer getan, und eben gerade für die kleinen Unternehmen – wie Grossrätin Mühlheim gesagt hat – ist es wichtig, die Flexibilität haben zu können, eine Stunde länger geöffnet zu haben. Und auch wenn dann auch Mitarbeiter arbeiten: Diese arbeiten nicht eine Stunde länger, sondern höchstens der Besitzer dieses Ladens arbeitet länger, und der Besitzer selber kann ja immer noch sagen, ob er dies tun will. Es ist in seiner absoluten Freiheit, ob er dies tun will. Aber genau diese Flexibilität muss er haben, und dasselbe gilt auch für die vier Sonntage. Das sollte für die Flexibilität und um liberale Öffnungszeiten zu haben möglich sein. Und – was das Wichtigste ist – man kann ja, aber man muss nicht. Genau dies ist das Wichtigste, denn diese Veränderungen finden statt, und diesen soll man gerecht werden, damit auch die kleinen Läden in der Stadt eine weitere – das ist nicht das alleinselige, aber es ist doch wieder eine – Möglichkeit haben, dass sie länger offen halten können und dass sie ein wenig weiterkommen.

Ruedi Löffel-Wenger, Münchenbuchsee (EVP). Ich habe mir die Rüge des Vorsitzenden und den Ärger von Adrian Haas zu Herzen genommen und bin zum Schluss gekommen, dass es gerechtfertigt war, dass er sich geärgert hat und dass ich gerügt wurde. Es tut mir leid, und ich möchte Adrian Haas um Entschuldigung bitten.

Grossrat Löffel geht auf Grossrat Haas zu, der die Entschuldigung mit einem Handschlag annimmt. (Applaus) / M. le député Löffel s'approche de M. le député Haas qui accepte les excuses avec une poignée de main. (Applaudissements)

Präsident. Ich liebe es! (*Heiterkeit / Hilarité*) Anne Speiser, Sie haben das Wort.

Anne Speiser-Niess, Zweisimmen (SVP). Warum komme ich nach vorne? – Die eingereichte Motion ist sicher gut gemeint, und ich bin jemand, der sehr bewusst die Läden vor Ort berücksichtigt. Ich bin nicht jemand der «Päckli» vor der Haustüre hat, wenn ich nach Hause komme, sondern ich gehe vor Ort einkaufen, weil ich eben gerne die Dinge berühre, weil ich gerne die Dinge anprobiere und dann weiss, was ich kaufe und nicht hin und her machen muss.

Das Problem, das wir mit dem Onlinehandel haben, der ja den Markt derart abgrast, lösen wir nicht mit dieser Motion. Dies ist eigentlich meine Message. Wenn wir dort Gegensteuer geben und unseren Handel vor Ort stärken wollen, unsere Leute vor Ort, die Steuern bezahlen, Leute ausbilden, Leute beschäftigen und eine gesellschaftliche Verantwortung übernehmen, dann müssen wir andere Instrumente und andere Regulatoren einsetzen.

Ich bin sehr hin- und hergerissen, weil ich eigentlich bei dieser Stunde von 17 bis 18 Uhr am Samstag das Gefühl habe: Das ist sicher gut gemeint, aber das ist nicht die Rettung der Situation. Ich bin sehr hin- und hergerissen, ob ich dieser Motion zustimmen soll oder nicht. Vielleicht enthalte ich mich auch.

Eigentlich möchte ich hier wirklich sagen: Adrian Haas, vielleicht müssen wir uns andere Überlegungen machen, damit wir unseren Handel wirklich langfristig besser sichern und stützen können. Wir haben verschiedene Anregungen oder Beschlüsse in Bezug auf Ökologie, Flugticketabgabe, CO₂-Abgabe. Vielleicht müssen wir uns bei dieser ganzen «Päckli»-Geschichte auch überlegen, was wir dort tun können, damit wir die Leute wirklich aufrufen: Kaufen Sie doch bitte vor Ort ein. Eben: Die Leute arbeiten vor Ort, sie bezahlen Steuern, bilden aus und stellen Leute an. Da erwarte ich eigentlich, dass wir einmal einen Vorstoss in diese Richtung realisieren könnten.

Präsident. Ich geben dem Volkswirtschaftsdirektor das Wort.

Christoph Ammann, Volkswirtschaftsdirektor. Die Regierung ist bereit, diese Motion anzunehmen, weil die vorgeschlagene Anpassung der Ladenöffnungszeiten im Kantonsvergleich moderat ist – dies wurde angesprochen, Sie sehen die Zusammenstellung in der Vorstossantwort – und weil es nach Auffassung der Regierung auch keine offensichtlichen Nachteile für das Verkaufspersonal gibt, beispielsweise bezüglich der Sonntagsarbeit: Diese ist zwingend freiwillig zu halten, und sie wird mit 50 Prozent Lohnzuschlag vergütet. Im Übrigen gilt das schweizerische Arbeitsrecht unabhängig von den Ladenöffnungszeiten. Man will damit die unterschiedlichen Spiesse zwischen den unterschiedlichen Detailhändlern und auch ungleiche Spiesse, die sich in den Grenzregionen zu Nachbarkantonen ergeben, abschaffen.

Der Regierungsrat hat ursprünglich vorgesehen, die vorliegende Motion gleichzeitig mit der Motion Löffel (*M 155-2018*) umzusetzen – er hat es angesprochen –, wo es um den Jugendschutz bei E-Zigaretten geht. Aus Effizienzgründen, weil wir schnell vorwärtsmachen wollten, liessen wir die Vernehmlassung eben auch gleichzeitig laufen, bevor wir jetzt den Vorstoss beraten und nachher unterschiedliche Vernehmlassungsergebnisse zur Kenntnis nehmen müssen. Einerseits – Grossrat Löffel hat dies angesprochen – gibt es keine nennenswerte Opposition gegen den Jugendschutz bei E-Zigaretten. Andererseits ist das Bild, das sich aus der Vernehmlassung zur Anpassung der Ladenöffnungszeiten ergibt, dann allerdings ein wenig kontroverser. Deshalb schlage ich zusammen mit der Regierung die pragmatische Lösung vor, die Grossrat Löffel angesprochen hat, nämlich, dass wir im März das Thema Jugendschutz in einer Lesung abschliessend beraten und in Kraft setzen, und dass wir mit einer gesplitteten Vorlage kommen – zeitnah, Grossrat Haas. Wir haben jetzt Zeit gewonnen, indem wir die Vernehmlassung durchgeführt haben. Wir können jetzt starten: Nach der Abstimmung heute Nachmittag starten mit dem zweiten Mitbericht. Gemäss Zeitplan, der für eine gesplittete Vorlage vorgesehen wäre, gehen wir damit in die Herbstsession des nächsten Jahres. Dann hätten wir das Referendumsrisiko beim E-Zigaretten-Schutz weg und könnten das andere Thema isoliert in die politische Diskussion geben. Das ist der Vorschlag der Regierung. Es steht dem Parlament selbstverständlich frei, eine andere Haltung einzunehmen.

Ich komme zum Schluss, und sage noch einmal: Die Regierung ist bereit, diese Motion anzunehmen.

Präsident. Wir kommen zur Abstimmung. Wer diese Motion annimmt, stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (2019.RRGR.75)

Vote (2019.RRGR.75)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 83

Nein / Non 53

Enthalten / Abstentions 7

Präsident. Sie haben diese Motion angenommen mit 83 Ja- gegen 53 Nein-Stimmen bei 7 Enthaltungen.